

Prüfungsordnung 4.0

Lernziele im IVS-Prüfungsfach

Steuerrecht der betrieblichen Altersversorgung

Inhalt

I.	Einführung	3
I.1	Überblick	3
I.2	Das Steuerrecht im Gefüge der Rechtsordnung	3
I.3	Die grundlegenden Prinzipien des Steuerrechts	3
I.4	Steuerlicher Begriff der betrieblichen Altersversorgung	3
II.	Direktzusage	3
II.1	Begriffsbildung und Darstellung der bilanziellen Erfassung von Versorgungsverpflichtungen mittels Pensionsrückstellungen	3
II.2	Pensionsrückstellung gem. § 6a EStG	3
II.3	Die Übernahme von Pensionsverpflichtungen (§ 4f / § 5 Abs. 7 EStG)	4
II.4	Die Behandlung von Rückdeckungsversicherungen	4
II.5	Aktuelle Diskussion zum § 6a EStG	4
III.	Unterstützungskasse	5
III.1	Begriffsbestimmungen	5
III.2	Steuerliche Behandlung von Zuwendungen an eine Unterstützungskasse (§ 4d EStG)	5
IV.	Direktversicherung	5
IV.1	Einführung	5
IV.2	Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber (§ 4b EStG)	5
V.	Pensionskasse und Pensionsfonds	6
V.1	Einführung	6
V.2	Steuerliche Behandlung von Zuwendungen an eine Pensionskasse beim Arbeitgeber (§ 4c EStG)	6
V.3	Steuerliche Behandlung von Beiträgen an einen Pensionsfonds beim Arbeitgeber (§ 4e EStG)	6
VI.	§ 100 EStG	7
VII.	Besteuerung der betrieblichen Altersversorgung beim Arbeitnehmer	7
VII.1	Direktzusage und Unterstützungskasse	7
VII.2	Direktversicherung/Pensionskasse/Pensionsfonds	8

VIII.	Steuerfreiheit und Steuerpflicht von Pensions- und Unterstützungskassen	9
IX.	Zusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von GmbH	10

Steuerrecht der betrieblichen Altersversorgung

Zielsetzung: Der Kandidat kennt und versteht die relevanten Normen des Steuerrechts der bAV und ist in der Lage diese anzuwenden.

I. Einführung

I.1 Überblick

Kurze Darstellung der Gebiete und Gesetze des allgemeinen und besonderen Steuerrechts; Steuerrecht als öffentliches Finanzrecht und selbständiger Zweig des Verwaltungsrechts

I.2 Das Steuerrecht im Gefüge der Rechtsordnung

Steuerbegriff; Abgrenzung zu anderen Abgaben; Verhältnis Steuerrecht zu Zivilrecht (einschl. Arbeitsrecht) und zu Sozialrecht

I.3 Die grundlegenden Prinzipien des Steuerrechts

Hier insbesondere: Leistungsfähigkeit; Gesetzmäßigkeit; Sozialstaatsprinzip; Verfassungsrechtliche Schranken.

Bemerkung: Die Punkte I.1. – I.3. sind nicht prüfungsrelevant und werden deshalb nicht kategorisiert.

I.4 Steuerlicher Begriff der betrieblichen Altersversorgung

Erläutere die Voraussetzung für das Vorliegen von betrieblicher Altersversorgung aus steuerlicher Sicht. **(B2)**

II. Direktzusage

II.1 Begriffsbildung und Darstellung der bilanziellen Erfassung von Versorgungsverpflichtungen mittels Pensionsrückstellungen.

Erläutere die Grundprinzipien der Bildung einer Rückstellung und wende diese buchhalterisch an. **(B3)**

Bemerkung: Hier soll zum einen der Unterschied zwischen einer gewissen und einer ungewissen Verbindlichkeit verstanden werden. Zudem soll verstanden werden, welche Auswirkungen die Bildung/Auflösung einer Rückstellung auf Bilanz und GuV sowie auf die Liquidität haben.

II.2 Pensionsrückstellung gem. § 6a EStG

a. Anwendungsbereich und Zweck der Norm

Erkläre die Besonderheiten der Pensionsrückstellung gegenüber anderen Rückstellungen. **(B2)**

Bemerkung: Hier soll klar werden, worin das Ungewissheitsmoment begründet ist. Zudem soll der Zeithorizont von Pensionsrückstellungen verstanden werden.

b. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Verhältnis Handels- und Steuerbilanz; Grundsatz der Einzelbewertung.

Erkläre die Voraussetzung für die Bildung einer Pensionsrückstellung in der Handelsbilanz und Steuerbilanz. **(B2)**

Bemerkung: Hier soll das Verhältnis von § 249 HGB, §§ 5, 6 EStG als Grundnormen und § 6a EStG als steuerliche Spezialnorm verstanden werden.

- c. Rückstellungsfähigkeit gem. § 6a Abs. 1 EStG

Erkläre die steuerlichen Sondervoraussetzungen für die Rückstellungsfähigkeit einer Pensionsverpflichtung und wende die Norm auf Sachverhalte an. **(C3)**

- d. Erstmalige Rückstellungsbildung gem. § 6a Abs. 2 EStG

Erkläre, in welchem Wirtschaftsjahr eine Pensionsrückstellung frühestens gebildet werden darf und wende die Norm auf Sachverhalte an. **(C3)**

- e. Rückstellungshöhe gem. § 6a Abs. 3 EStG

Erkläre, in welcher Höhe die Rückstellung für eine Pensionsverpflichtung höchstens gebildet werden darf. **(B2)**

Bemerkung: Eine explizite Teilwertermittlung (-berechnung) ist nicht erforderlich. Vielmehr sollen die unterschiedlichen Ausprägungen des Teilwerts verstanden werden: vor Beendigung des Dienstverhältnisses (hier auch der Vergleich mit dem Barwert der unverfallbaren Anwartschaft bei EUW) bzw. nach Beendigung des Dienstverhältnisses mit uv Anwartschaft/Eintritt des Versorgungsfalls.

- f. Fehlbetrag und Nachholverbot

Erkläre das Zuführungssoll und das daraus abgeleitete Nachholverbot für unterlassene Rückstellungen. **(B2)**

- g. Auflösung von Rückstellungen

Erkläre, wann es zur Auflösung einer Pensionsrückstellung kommt. Stelle an einem Beispiel dar, wie diese Auflösung nach Eintritt des Versorgungsfalls zu erfolgen hat. **(B3)**

II.3 Die Übernahme von Pensionsverpflichtungen (§ 4f / § 5 Abs. 7 EStG)

Wende die Vorschriften §§ 4f und 5 Abs. 7 EStG im Zusammenhang mit Pensionsverpflichtungen nach § 6a EStG an. **(C3)**

II.4 Die Behandlung von Rückdeckungsversicherungen

Erläutere anhand eines Beispiels für Anwartschafts- und Leistungsphase, welchen Auswirkungen eine Rückdeckungsversicherung auf Bilanz, GuV und Liquidität hat. **(B3)**

II.5 Aktuelle Diskussion zum § 6a EStG

Diskutiere und bewerte die in der aktuellen Diskussion zu § 6a EStG vorgebrachten Argumente. **(C4)**

Bemerkung: Verständnis, dass § 6a EStG an mehreren Stellen nicht mehr zeitgemäß ist (z.B. Rechnungszins, Teilwertverfahren für leistungsorientierte Beitragszusagen, Nachholverbot).

III. Unterstützungskasse

III.1 Begriffsbestimmungen

Erkläre die Begriffe Unterstützungskasse (in den Ausprägungen pauschaldotierte UK und rückgedeckte UK), Gruppen- und Konzernkasse, lebenslange Leistungen und Notstandsleistungen, tatsächliches und zulässiges Kassenvermögen. **(B2)**

III.2 Steuerliche Behandlung von Zuwendungen an eine Unterstützungskasse (§ 4d EStG)

a. Zuwendungen an pauschaldotierte Unterstützungskasse

Erläutere die zweifache Begrenzung der als Betriebsausgaben abzugsfähigen Zuwendungen an eine pauschaldotierte Unterstützungskasse und wende diese an. **(B3)**

Bemerkung: Wichtig ist die Unterscheidung zwischen lebenslangen Leistungen und Notstandsleistungen einerseits sowie innerhalb der lebenslangen Leistungen zwischen der Anwartschafts- und der Leistungsfinanzierung.

b. Zuwendungen an rückgedeckte Unterstützungskasse

Erläutere die zweifache Begrenzung der als Betriebsausgaben abzugsfähigen Zuwendungen für Versicherungsprämien an eine rückgedeckte Unterstützungskasse und wende diese an. **(B3)**

Bemerkung: Wichtig sind die Unterscheidungen zwischen kongruenter und nicht kongruenter Rückdeckung; das Verständnis, was begünstigte Versicherungen sind.

IV. Direktversicherung

IV.1 Einführung

Bemerkung: nicht unmittelbar prüfungsrelevant; daher nicht kategorisiert.

IV.2 Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber (§ 4b EStG)

Erläutere den Begriff der Direktversicherung. Auf welche Vorschrift außerhalb des Steuerrechts kann insoweit zurückgegriffen werden? **(B2)**

Bemerkung: Der Kandidat soll wissen, dass eine steuergesetzliche Legaldefinition fehlt und nach BFH und Literatur im Ausgangspunkt auf § 1b Abs. 2 S. 1 BetrAVG – bei Uneinigkeit im Detail – abzustellen ist.

Erläutere die grundlegenden Voraussetzungen der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Prämien zu einer Direktversicherung beim Arbeitgeber. **(B2)**

Bemerkung: Der Kandidat soll in der Lage sein, die entsprechenden Voraussetzungen mit eigenen Worten wieder zu geben.

Erläutere, wann ein sog. gespaltenes Bezugsrecht vorliegt und wie es sich auf Seiten des Arbeitgebers auswirkt? **(B2)**

Bemerkung: Der Kandidat soll erkennen, dass der Arbeitgeber in einem solchen Fall den entsprechenden Versicherungswert zu aktivieren hat.

Nenne drei Fälle, in denen eine wirtschaftliche Nutzung einer Direktversicherung durch den Arbeitgeber vorliegt. Erläutere die möglichen Konsequenzen auf Seiten des Arbeitgebers und erkläre anhand eines Beispiels auf welche Weise diese vermieden werden können? **(C3)**

Bemerkung: Der Kandidat soll von den Formen der wirtschaftlichen Nutzung (Beleihung, Vorauszahlung, Abtretung und Verpfändung) eine Auswahl nennen und die Verpflichtungserklärung zur Vermeidung einer Aktivierung beschreiben können.

V. Pensionskasse und Pensionsfonds

V.1 Einführung

Bemerkung: nicht unmittelbar prüfungsrelevant; daher nicht kategorisiert

V.2 Steuerliche Behandlung von Zuwendungen an eine Pensionskasse beim Arbeitgeber (§ 4c EStG)

Erkläre den Begriff der Zuwendung an eine Pensionskasse sowie die in Betracht kommenden Finanzierungsverfahren und erläutere jeweils zwei Beispiele wie die Zuwendungen in Abhängigkeit zum Finanzierungsverfahren der Pensionskasse erbracht werden können. **(B3)**

Bemerkung: Der Kandidat soll die Begriffsmerkmale des Zuwendungsbegriffs wiedergeben und seine Ausprägungen anhand exemplarischer Beispiele beschreiben können.

Erläutere die Grundsätze für die Abzugsfähigkeit von Zuwendungen des Arbeitgebers an eine Pensionskasse und wende diese auf einen konkreten Sachverhalt an. **(C3)**

Bemerkung: Der Kandidat soll erkennen, dass Zuwendungen nur dann als abzugsfähig gelten, wenn sie eine der drei in § 4c Abs. 1 S. 1 EStG genannten Voraussetzungen erfüllen.

Erkläre anhand eines Beispiels die Voraussetzungen, unter denen Zahlungen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung einer Pensionskasse als Betriebsausgabe des Arbeitgebers abzugsfähig sind. **(B3)**

Bemerkung: Der Kandidat soll insbesondere erkennen, dass eine Rückforderung ausgeschlossen und die Voraussetzungen des 4c vorliegen müssen.

V.3 Steuerliche Behandlung von Beiträgen an einen Pensionsfonds beim Arbeitgeber (§ 4e EStG)

Erkläre, wann eine „festgelegte Verpflichtung“ im Sinn des § 4e Abs. 1 Var. 1 EStG vorliegt? **(B2)**

Erkläre, wie der Fehlbetrag nach § 4e Abs. 1 Var. 2 EStG zu ermitteln ist? **(B2)**

Analysiere die Grundsätze für den Betriebsausgabenabzug und die Lohnsteuerfreiheit bei der Übertragung einer Versorgungsanwartschaft auf einen Pensionsfonds gemäß § 4e Abs. 3 EStG unter Berücksichtigung der Auffassung des BMF. **(B4)**

Bemerkung: Der Kandidat sollte in der Lage sein, das Verhältnis von Betriebsausgabenabzug und Lohnsteuerfreiheit bei Zahlung des Einmalbeitrags zu schildern

und die Haltung des BMF bzgl. der Differenzierung zwischen past und future service wieder zu geben.

Erläutere, wie der erdiente Teil der Versorgungsanwartschaft bei der Übertragung einer Versorgungsanwartschaft auf einen Pensionsfonds zu ermitteln ist und stelle dies anhand eines konkreten Falls dar. **(C3)**

VI. § 100 EStG

Erkläre die Zielsetzungen des § 100 EStG. **(B2)**

Erkläre die wichtigsten Tatbestandsvoraussetzungen des § 100 EStG sowie seine Rechtsfolgen. **(B2)**

Berechne den Förderungshöchstbetrags nach § 100 EStG. **(C3)**

Erläutere anhand eines Beispiels die Folgen für die Förderung nach § 100 EStG, wenn sich die tatsächlichen Parameter nachträglich unterjährig ändern (u.a. Arbeitgeberwechsel, schwankendes Gehalt, fehlerhafte Gehaltsabrechnung). **(C3)**

Analysiere die Stellung des § 100 EStG im System der steuerlichen Förderung der bAV. **(C4)**

Bemerkung: Der Kandidat kennt Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen des § 100 EStG. Er kann den Förderungshöchstbetrag errechnen, weiß, welche Folgen die Änderung der tatsächlichen Parameter insoweit auslösen und kann deren Folgen für die Praxis einschätzen. Des Weiteren kennt er einige mit der Vorschrift verbundene Probleme für die Praxis sowie Lösungsansätze dafür. Der Kandidat kann die Stellung und Bedeutung des § 100 EStG im Förderungssystem der bAV einordnen.

VII. Besteuerung der betrieblichen Altersversorgung beim Arbeitnehmer

VII.1 Direktzusage und Unterstützungskasse

a. Einkommenssteuerrechtliche Betrachtung (Anwartschafts- u. Leistungsphase)

Erkläre die Besteuerung von Aufwendungen in der Anwartschaftsphase sowie von Leistungen nach Eintritt des Versorgungsfalles. **(B2)**

Erläutere die Voraussetzungen, die die Finanzverwaltung für die steuerliche Anerkennung einer Entgeltumwandlung aufstellt anhand eines Beispiels. **(C3)**

Erläutere die Begriffe Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag. **(B2)**

Analysiere die Berechnung einschließlich der Bemessungsgrundlage des Versorgungsfreibetrags. **(C4)**

Erläutere die Voraussetzungen und die Rechtsfolgen der sogenannten Fünftelungsregelung gemäß § 34 EStG anhand eines Beispiels. **(C3)**

Erkläre die erbschaftssteuerliche Behandlung von Hinterbliebenenleistungen. **(B2)**

Bemerkung: Der Kandidat kann die relevanten Vorschriften des § 19 EStG anwenden. Er weiß, unter welchen Voraussetzungen eine Entgeltumwandlung steuerlich anerkannt wird. Des Weiteren kennt er die Begriffe Versorgungsfreibetrag und Zu-

schuss zum Versorgungsfreibetrag sowie kann die Höhe des jeweiligen Versorgungsfreibetrags ermitteln. Der Kandidat kennt die Fünftelungsregelung und kann sie anwenden sowie weiß, dass eine Hinterbliebenenleistung in der Regel kein erb-schaftsteuerlicher Tatbestand ist.

VII.2 Direktversicherung/Pensionskasse/Pensionsfonds

- a. Lohnsteuerfreiheit der Beiträge gem. § 3 Nr. 63 EStG, einschließlich der vom Arbeitnehmer finanzierten Beiträge

Erkläre die Tatbestandsvoraussetzungen des § 3 Nr. 63 S. 1 EStG sowie die jeweiligen Rechtsfolgen. **(B2)**

Erläutere anhand eines Beispiels die begünstigten Aufwendungsformen im Rahmen des § 3 Nr. 63 EStG. **(B3)**

Erläutere anhand eines Beispiels die begünstigten Auszahlungsformen im Rahmen des § 3 Nr. 63 EStG. **(B3)**

Erkläre die Tatbestandsvoraussetzungen der Vervielfältigungsregelungen gemäß § 3 Nr. 63 S. 3 EStG und ihrer Rechtsfolgen. **(B2)**

Erkläre die Nachholung der Steuerfreiheit gemäß § 3 Nr. 63 S. 4 EStG. **(B2)**

Analysiere das Verhältnis zwischen der Förderung gemäß § 3 Nr. 63 EStG und der Förderung gemäß § 10a, Abschnitt XI EStG (Riester-Förderung). **(C4)**

Bemerkung: Der Kandidat kennt die Tatbestandsvoraussetzungen des § 3 Nr. 63 EStG, insbesondere die begünstigten Aufwendungs- und Auszahlungsformen einschließlich der Ansicht der Finanzverwaltung dazu und kann sie in der Praxis anwenden. Der Kandidat kennt des Weiteren die Vervielfältigungsregelung des § 3 Nr. 63 S. 3 EStG und kann sie anwenden. Das Gleiche gilt für die Nachholung der Steuerfreiheit gemäß § 3 Nr. 63 S. 4 EStG. Der Kandidat kann das Verhältnis zwischen § 3 Nr. 63 EStG und der Riester-Förderung beschreiben und einordnen.

- b. Besonderheit des § 3 Nr. 66 EStG bei Pensionsfonds

Erkläre die Zielsetzungen des § 3 Nr. 66 EStG. **(B2)**

Erkläre die Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen des § 3 Nr. 66 EStG. **(B2)**

Analysiere die möglichen Probleme bei der Nutzung des § 3 Nr. 66 in der Praxis. **(C4)**

Bemerkung: Der Kandidat kennt Zielsetzungen, Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen der Vorschrift. Er kennt die möglichen Probleme bei der Nutzung des § 3 Nr. 66 EStG sowie die Ansichten der Finanzverwaltung dazu und kann sie mit Blick auf die praktische Anwendung der Vorschrift einordnen.

- c. Lohnsteuerfreiheit und Pauschalbesteuerung gem. § 40b EStG

Erkläre die positiven und negativen Tatbestandsvoraussetzungen des § 40b EStG. **(B2)**

Erkläre die positiven und negativen Tatbestandsvoraussetzungen des § 40b a.F. EStG. **(B2)**

Erläutere den zeitlichen Anwendungsbereich des § 40b a.F. EStG sowie die Auswirkungen von Änderungen der Zusage auf seine Anwendbarkeit anhand eines Beispiels. **(C3)**

Analysiere das ab 1.1.2018 zu beachtende Verhältnis zwischen der Förderung gemäß § 3 Nr. 63 EStG und der Förderung gemäß § 40b EStG a.F. **(C4)**

Bemerkung: Der Kandidat kennt die Vorschrift, ihre Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen sowie ihre Bedeutung für die Praxis in der heutigen und der Fassung bis zum 31.12.2004. Er kennt die Auffassung der Finanzverwaltung mit Blick auf die Konsequenzen möglicher Änderungen einer über § 40b a.F. EStG geförderten Zusage. Er kennt ebenso die Ansicht der Finanzverwaltung zum Verhältnis von § 40b a.F. EStG zu § 3 Nr. 63 EStG und kann damit Fälle aus der Praxis lösen.

d. Besteuerung der Versorgungsleistungen gemäß § 22 Nr. 5 EStG

Erkläre den Unterschied in der Besteuerung von Versorgungsleistungen, die auf ausschließlich geförderten (§ 22 Nr. 5 S. 2 EStG) und auf ausschließlich nicht geförderten Beiträgen (§ 22 Nr. 5 S. 1 EStG) beruhen. **(C2)**

Erkläre, warum eine gem. § 40b a.F. EStG pauschal besteuerte Zusage sowie eine mit privaten Beiträgen fortgeführte Zusage nicht unter § 22 Nr. 5 S. 2 EStG zu subsumieren sind **(C2)**

Erkläre die Folgen, wenn eine Versorgungsleistung teilweise auf geförderten und teilweise auf nicht geförderten Beiträgen beruht **(C2)**

Erläutere anhand jeweils eines Beispiels die Unterschiede in der Besteuerung einer nicht auf geförderten Beiträgen beruhenden Versorgungsleistung in Form einer Rente und in Form einer Kapitalleistung. **(C3)**

Erkläre, warum bei Einkünften gem. § 22 Nr. 5 in Form von Kapitalleistungen die Fünftelungsregelung des § 34 EStG nicht zur Anwendung kommt. **(C2)**

Bemerkung: Der Kandidat kennt die Unterschiede in der Besteuerung von Versorgungsleistungen aus geförderten und aus nicht geförderten Beiträgen. Er kann die Ertragsanteilbesteuerung im Falle einer Rentenzahlung und die Besteuerung gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG im Falle einer Kapitalzahlung aus ungeförderten Beiträgen anwenden.

VIII. Steuerfreiheit und Steuerpflicht von Pensions- und Unterstützungskassen

Erläutere die grundsätzlichen Voraussetzungen der Körperschaftsteuerfreiheit einer Pensions- **und/oder** Unterstützungskasse. **(B2)**

Bemerkung: Insbesondere die grundlegenden Voraussetzungen (Beschränkung der Leistungsempfänger; Soziale Einrichtung; dauernde Zweckbindung; Grenzen des zulässigen Kassenvermögens) müssen dem Kandidaten präsent sein.

Erläutere anhand von Beispielen, welche Auswirkungen ein Vermögensrückfluss an das Trägerunternehmen außerhalb des jeweiligen Leistungsplans einer Unterstützungskasse für diese Unterstützungskasse in steuerlicher Hinsicht haben kann. **(C3)**

Bemerkung: Der Kandidat soll erklären können, dass Vermögensrückflüsse mit dem Zweckbindungsprinzip in Konflikt geraten, wenn nicht ein Fall der – kassenorientiert zu ermittelnden – Überdotierung vorliegt.

Erläutere, auf welche Weise eine Unterstützungskasse die Gefahr eines steuer-schädlichen Vermögensrückfluss an Trägerunternehmen vermeiden kann und wende dies auf einen konkreten Sachverhalt an. **(C3)**

Bemerkung: Dem Kandidat soll die Unverzichtbarkeit eines Rückforderungsaus-schlusses vor Augen stehen; ferner sollte ihm klar sein, dass ein Vermögensrück-fluss ggf. bei unverfallbaren Anwartschaften selbst dann nicht verhindert werden kann.

IX. Zusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von GmbH

Erkläre, warum Zusagen an GGF einer gesonderten Betrachtung bedürfen. **(B2)**

Erkläre die Rechtsfolgen für Unternehmen und für GGF, wenn die Zusage steuer-lich nicht anerkannt wird. **(C2)**

Erläutere anhand von Beispielen die Prüfungsstufen zur steuerlichen Anerkennung einer Zusage. **(C3)**

Erkläre die Besonderheiten, die im Falle mittelbarer Versorgungszusagen zu be-achten sind. **(C2)**

Erläutere anhand von Beispielen die Folgen folgender Veränderungen der Zusage: Verzicht durch den GGF, Abfindung, Widerruf, Übertragung, Schuldnerwechsel, Wechsel des Durchführungsweges. **(C3)**

Bemerkung: Der Kandidat weiß, warum Zusagen an GGF einer besonderen steu-erlichen Behandlung bedürfen und kennt die Folgen einer fehlenden steuerlichen Anerkennung dieser Zusagen. Er kennt die Prüfungsstufen, die von Rechtspre-chung und Finanzverwaltung zur Prüfung der steuerlichen Anerkennung ange-wandt werden sowie die wichtigsten Prüfungspunkte der ersten und zweiten Prü-fungsstufe und kann eine entsprechende Prüfung vornehmen. Er kennt die Beson-derheiten und die Folgen der steuerlichen Anerkennung für die Praxis im Falle mittelbarer Versorgungszusagen sowie bei Veränderungen der Zusage und kann diese anwenden.